



1. Natur und Umwelt

Wahlprogramm
Kommunalwahl 2009

Das ausführliche Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen Krefeld zur Kommunalwahl 2009 finden Sie im Internet unter: www.gruene-krefeld.de und in weiteren Faltblättern zu folgenden Themen:

1. Natur und Umwelt
2. Arbeit und Wirtschaft
3. Soziales und Gesundheit
4. Kinder und Jugendliche
5. Integration und Migration
6. Kultur und Denkmalpflege
7. Frauenpolitik
8. Sport
9. Schule
10. Stadtplanung und Innenstadtlebung
11. Verkehr
12. Verwaltung, Liegenschaften und innere Sicherheit
13. Haushalt und Finanzen

V.i.S.d.P. Heidi Matthias, Roßstr. 200, 47798 Krefeld

- Verbesserung der Sammlung von Elektronikschrott und Sondermüll
- Einführung der Getrenntsammlung aller Kunststoffabfälle
- Verbesserung der energetischen Nutzung der Müllverbrennungsanlage
- Keine Kapazitätserweiterung der Müllverbrennungsanlage
- Einrichtung einer Sperrmüllsortieranlage an der Müllverbrennungsanlage
- Städtische Vergaben mit Müllvermeidungsgebot

WASSERQUALITÄT SICHERN

Das Krefelder Trinkwasser wird aus Grundwasser gewonnen. Es muss im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge auch zukünftig umfassend geschützt werden.

Unser Grundwasser wird durch Schadstoffe aus Landwirtschaft, Altlasten, Abwasser, das durch undichte Kanäle in den Boden versickert, belastet. Industrie und Betriebe, die mit wassergefährdenden Stoffen arbeiten sowie die Bebauung und Ausweisung von Industrie- und Gewerbegebieten in unmittelbarer Nähe von Trinkwasserschutz-zonen erhöhen das Risiko von Schadstoffeinträgen in das Grundwasser. Wachsender Flächenverbrauch durch Straßen- und Häuserbau verhindert zunehmend eine Regenwasserversickerung an Ort und Stelle und damit die Grundwasserneubildung. Die Qualität unserer Oberflächengewässer ist starken Schwankungen unter-

worfen. Diese stellen eine Bedrohung der wassergebundenen Ökosysteme dar.

Verschmutztes Abwasser und die vermehrte Einleitung von Regenwasser in die Kanäle belasten nicht nur die Krefelder Kläranlage sondern auch den Rhein. Aufgrund der zunehmenden Starkregenereignisse wird außerdem wirksamer Hochwasserschutz am Rhein erschwert.

Dafür stehen die Grünen:

- Sicherung der Trinkwasserversorgung in kommunaler Zuständigkeit
- Verstärkter Schutz der Trinkwasserschutz-zonen
- Freiraumschutz und Flächenentsiegelung
- Erfassung und Sanierung der Altlastenstandorte
- Ökologische Regenwasserbewirtschaftung für die Neubildung von Grundwasser
- Technische Weiterentwicklung der Kläranlage zur Erhöhung der Reinigungsleistung
- Verbesserung der Kanalüberwachung und zeitnahe Umsetzung der Sanierungs- und Reparaturarbeiten
- Verstärkte Kontrollen der Indirekt-einleiter und der Betriebe, die mit wassergefährdenden Stoffen umgehen
- Einführung einer nach Schmutzfracht gestaffelten Abwassergebühr
- Regelmäßige Dokumentation der Qualität der Oberflächengewässer und Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen

Weitere Informationen über Bündnis 90/Die Grünen Krefeld und die KandidatInnen finden Sie auch im Internet unter: <http://www.gruene-krefeld.de>.

Das Büro des Kreisverbandes in der Roßstraße 200 (Fon: 02151/77 73 44, Fax 02151/78 64 93) ist geöffnet: Montag 14.00 – 19.00 Uhr, Dienstag bis Donnerstag 9.00 – 14.00 Uhr. Per E-Mail sind wir unter kreisverband@gruene-krefeld.de zu erreichen.

„Klima- und Umweltschutz fängt vor Ort an. Er ist eine der wichtigsten Aufgaben, der wir uns stellen müssen. Die Zukunft unserer Kinder hängt davon ab, ob und wie weit wir heute bereit sind, die notwendigen Entscheidungen für einen schonenden und sparsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen zu treffen und umzusetzen.“

NEIN ZUM STEINKOHLEKRAFTWERK

Ein Steinkohlekraftwerk ist der Klima-Killer Nr.1. Das in Uerdingen geplante Kraftwerk emittiert jährlich 4,4 Mio. Tonnen CO₂. Damit würde sich der CO₂-Ausstoß Krefelds mehr als verdoppeln.

Nachdem SPD und FDP uneingeschränkte Zustimmung signalisiert hatten, hat sich nach anfänglichem Zögern und monatelang währenden taktischen Manövern schließlich auch die CDU ohne Wenn und Aber für dieses Klimakillerprojekt in einem Luft-hochbelastungsgebiet ausgesprochen. Alle von den Christdemokraten verkündeten vertraglichen Umweltvereinbarungen mit dem Betreiber Trianel und dem Auftraggeber Bayer sind unverbindliche, nicht einklagbare Absichtserklärungen. Sie dienen nur der Beruhigung der an diesem gigantischen Industrieprojekt zweifelnden Men-

schen, die mit Recht keine 40jährige Dauerbelastung durch gesundheitsgefährdende Emissionen wollen.

Trianel, der zukünftige Betreiber des Kraftwerkes, und Bayer halten nämlich unbeirrt an ihren Plänen fest. Der Bau eines umweltfreundlicheren Gas- und Dampfturbinenkraftwerkes mit Kraft-Wärmekopplung wurde von ihnen nicht geprüft, obwohl eine solche Anlage den Energie- und Dampfbedarf von Bayer decken und damit den Chemiestandort und dessen Arbeitsplätze sichern würde.

Stattdessen hat Trianel bei der Bezirksregierung den Bau des Steinkohlekraftwerkes beantragt. Damit ist das Genehmigungsverfahren eingeleitet. Mit den Grünen wird es kein Steinkohlekraftwerk geben!

Dafür stehen die Grünen:

- Verhinderung des Steinkohlekraftwerkes, z.B. durch Widerspruch und ggf. Klage gegen die jetzige Planung
- Prüfung von Alternativen für die Energieversorgung des Chemie-parks Bayer, z.B. durch ein Gaskraftwerk oder durch Nutzung der Dampfauskopplung aus der Müllverbrennungsanlage
- Ausführliche Infos hierzu in unserer Broschüre „Die dunkle Seite der Kohle“

ENERGIESPAREN – REGENERATIVE ENERGIEN FÖRDERN

Sparsamer Energieverbrauch und der Einsatz regenerativer Energien verringern den CO₂-Ausstoß und sind damit der beste Klimaschutz.

Andere Kommunen haben dies erkannt und gemeinsam mit ihren Stadtwerken für die städtischen Einrichtungen und die Bürgerinnen und Bürger ihrer Stadt Energiekonzepte entwickelt. Sie haben damit nicht nur den CO₂-Ausstoß verringert, sondern auch viel Geld gespart.

CDU und FDP haben mit ihrer Mehrheit im Stadtrat in den letzten Jahren alle Initiativen der Grünen für eine Verringerung des Energieverbrauchs abgelehnt und sich damit gegen den Klimaschutz ausgesprochen.

Die Folge: Die Energieverbräuche steigen weiter, die Energiekosten laufen der Stadt davon.

Mit dem „Krefelder Signal für den Klimaschutz“ fordern die Grünen:

- Energetische Sanierung und Bewirtschaftung der städtischen Gebäude
- Energiecontracting zwischen der Stadt Krefeld und den SWK
- Einsatz regenerativer Energien in städtischen Gebäuden
- Einrichtung und Förderung von „Bürgerkraftwerken“

- Einsatz schadstoffarmer Fahrzeuge bei der Stadtverwaltung und im ÖPNV
- Beratung und Öffentlichkeitsarbeit für die Bürgerinnen und Bürger, z.B. bei der Altbausanierung
- Einrichtung eines Bürgerfonds für erneuerbare Energien bei der Sparkasse
- Festsetzungen zum energiesparenden Bauen im Rahmen der Bauleitplanung
- Erstellung eines CO2-Minderungsprogrammes mit verbindlichen Zielvereinbarungen
- Mehr Förderung der regenerativen Energien durch die Stadtwerke.

LUFTQUALITÄT VERBESSERN

In vielen Krefelder Stadtteilen werden die Grenzwerte für Feinstaub überschritten. Feinstaub ist lungen-gängig und führt vermehrt zu Atemwegserkrankungen. Besonders Kinder und ältere Menschen sind davon betroffen. Das Lungenkrebsrisiko ist erhöht.

Die EU schreibt deshalb bei Überschreitung der Grenzwerte die Aufstellung von Aktions- oder Luftreinhalteplänen oder die Einrichtung von Umweltzonen vor. Mittlerweile hat der Europäische Gerichtshof klargestellt, dass jeder Bürger ein Recht auf saubere Luft hat und dieses auch einklagen kann.

Die Stadt Krefeld hat bisher jede effektive Maßnahme zur Verringerung des Feinstaubes vermieden. Zwar wurde für das Krefelder Hafengebiet, das bundesweit Spitzenreiter bei der Feinstaubbelastung ist, ein Luftreinhalteplan aufgestellt. Umgesetzt worden ist er nicht. Im Gegenteil: Geplant ist nun, im Hafengebiet ein Zementwerk mit angeschlossener Müllverbrennungsanlage zu errichten. Damit wird die Feinstaubbelastung weiter steigen. Hohe Feinstaubkonzentrationen und hohe Belastungen durch Chrom und Nickel wurden in Stahldorf zwar festgestellt. Ein Aktionsplan oder ein Luftreinhalteplan wurde bisher nicht aufgestellt.

Nur auf hartnäckiges Drängen der Grünen wurden im letzten Jahr weitere Messstationen im Krefelder Stadtgebiet errichtet und zusätzliche Berechnungen über die Luftbelastung durchgeführt. Die Ergebnisse waren katastrophal: Fast überall dort, wo gemessen wurde, wurden Grenzwertüberschreitungen festgestellt. Bisher wurden daraus keine Konsequenzen gezogen bzw. Maßnahmen zur Verringerung der Schadstoffbelastung eingeleitet. Auch der für dieses Jahr angekündigte Luftreinhalteplan für das ganze Krefelder Stadtgebiet soll jetzt erst Mitte 2010 fertig gestellt werden. Notwendig sind Sofortmaßnahmen, damit die gesundheitsgefähr-

dende hohe Luftbelastung in Krefeld verringert wird.

Dafür stehen die Grünen:

- Umsetzung des Luftreinhalteplanes für den Krefelder Hafen, z.B. Begründung der Hentrichstraße und Haldeneinhausungen bei Gewerbebetrieben und Verhinderung des Baus des Zementwerkes
- Durchführung von Feinstaubmessungen im gesamten Stadtgebiet.
- Umfassende Information und Aufklärung der Krefelder Bürgerinnen und Bürger
- Angemessene Beteiligung der Politik und der Umweltverbände bei der Aufstellung eines Luftreinhalteplanes für das gesamte Stadtgebiet
- Sofortmaßnahmen zur Verringerung der Luftschadstoffe, z. B. durch attraktiven ÖPNV
- Angebote sowie Umrüstung des städtischen Fuhrparks und der Busse der Stadtwerke auf Ökostandard nach dem Vorbild anderer Großstädte
- Entwicklung von Verkehrskonzepten und Einrichtung von Umweltzonen für die am stärksten betroffenen Stadtbereiche
- Entwicklung eines Aktionsplanes für Stahldorf
- Unterstützung von Klagen von Bürger/innen für saubere Luft.



„Klima- und Umweltschutz fängt vor Ort an. Er ist eine der wichtigsten Aufgaben, der wir uns stellen müssen. Die Zukunft unserer Kinder hängt davon ab, ob und wie weit wir heute bereit sind, die notwendigen Entscheidungen für einen schonenden und sparsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen zu treffen und umzusetzen.“

Jörg Meuther, Kandidat für den Rat

LÄRM MINDERN

Lärm ist nicht nur lästig, sondern auch gesundheitsschädlich. Die Lärmbelastung in Krefeld ist insbesondere durch den Straßen- und Schienenverkehr hoch. Die Planungen seitens des Bundes und des Landes zum Ausbau der A 57 sowie des Eisernen Rheins erhöhen die Belastung erheblich. Der wachsende Flugverkehr trägt zur Grundbelastung insbesondere im Krefelder Süden und Westen bei.

Lärmschutz in Krefeld beschränkt sich zur Zeit auf Proteste gegen die Planungen des Bundes und des Landes zum Ausbau des Auto-, Schienen- und Flugverkehrs. Dieser Protest und die Forderung nach Alternativen zu den bisherigen Planungen sind richtig, reichen jedoch nicht aus, um Bürger/innen schon heute vor Lärm zu schützen. Die EU hatte die Kommunen verpflichtet, spätestens bis zum Jahr 2008 einen Aktionsplan zur Verminderung des Lärms durch Straßen- und Schienenverkehr aufzustellen. Für alle anderen Lärmquellen soll für besonders belastete Stadtteile bis zum Jahr 2013 ein Lärmaktionsplan vorliegen.

Die Stadt Krefeld hat es bis heute versäumt, den geforderten Aktionsplan aufzustellen und Maßnahmen für die Aufstellung eines Lärmaktionsplanes einzuleiten. Damit wird Lärmschutz verhindert.

Dafür stehen die Grünen:

- Umfassender Lärmschutz an der A 57
- Aufstellung eines Lärmkatasters sowie eines Lärmaktionsplanes für den Straßen- und Schienenverkehr
- Umfassender Lärmschutz an der heute schon stark genutzten Trasse des „Eisernen Rheins“ und eine Alternativroute
- Aufstellung eines Lärmaktionsplanes für die durch hohe Lärmbelastung betroffenen Stadtteile

■ Städtische Zuschüsse für Lärm-minderungsmaßnahmen im Mietwohnungsbaubereich

NATUR UND LANDSCHAFT SCHÜTZEN

Landschafts- und Naturschutzgebiete in den Außenbezirken sowie Parks und Grünanlagen im innerstädtischen Bereich müssen als naturnahe Rückzugsräume und Nischen geschützt und ausgebaut werden.

In Krefeld ist der Flächenverbrauch durch die Ausweisung neuer Baugebiete und den Straßenbau weiter steigend. Nicht nur der Sturm Kyrill, auch Bauvorhaben haben den Baumbestand verringert. Nachpflanzungen erfolgen nicht standortnah, sondern in den Außenbereichen.

Dafür stehen die Grünen:

- Weiterentwicklung der Natur- und Landschaftsschutzgebiete
- Flächenentsiegelung und Entwicklung naturnaher Freiflächen im innerstädtischen Raum
- Kein weiterer Flächenverbrauch, z.B. durch Ausweisung von neuen Baugebieten am Stadtrand oder Straßenneubauprojekte
- Konsequente Einhaltung der Baumschutzsatzung
- Unterstützung der Naturschutzmaßnahmen von Naturschutzverbänden und -initiativen
- Zeit- und ortsnahe Durchführung von Ersatzpflanzungen, vor allem in der Innenstadt
- Förderung von Dach- und Fassadenbegrünungen
- Vermehrung der Waldflächen

ABFALLVERMEIDUNG UND -VERWERTUNG AUSBAUEN

Abfalltrennung ist gut, Abfallvermeidung ist besser. Konsequente Müllvermeidung gehört nicht zum Leitbild der

Stadt: Die Abfallmenge der Krefelder Bürger/innen ist in den letzten 15 Jahren um über 10 % gestiegen. Die Getrenntsammlung von Abfall hat nicht zu einer Verringerung der Abfallmengen geführt, sondern die Abfallberge steigen lassen. Aber auch die Getrenntsammlung läuft im Vergleich zu anderen Städten schlecht: In Krefeld werden weniger Glas und Bio- und Grünabfälle getrennt erfasst als in anderen Städten. Viel zu viel Abfall landet in der Restmülltonne und damit in der Müllverbrennungsanlage.

Dazu haben die Sammelsysteme beigetragen: Für Bürgerinnen und Bürger nicht nachvollziehbar ist, dass Kunststoffverpackungen mit der Gelben Tonne getrennt gesammelt werden, anderer Kunststoffmüll jedoch in die Restmülltonne gehört. Die Sammelsysteme für Elektronikschrott und Sondermüll sind undurchschaubar und bürgerfeindlich. Sperrmüll landet nach wie vor unsortiert in der Müllverbrennungsanlage.

Müllverbrennung ist besser als die Deponierung von Müll. Sie trägt jedoch durch ihre Emissionen und durch die Vernichtung von Rohstoffen zur Belastung unserer Umwelt bei. Eine Vorsortierung der Abfälle und damit eine Verringerung der Verbrennung noch verwertbarer Stoffe sind nicht vorgesehen. Stattdessen wird immer wieder eine Erhöhung der Müllverbrennungskapazitäten ins Gespräch gebracht. Viel zu viel Energie geht nach wie vor bei der Einspeisung der bei der Verbrennung des Restmülls entstehenden Wärme in das Krefelder Fernwärmenetz verloren.

Dafür stehen die Grünen:

- Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Beratung zur Abfallvermeidung
- Einführung der 14-tägigen Leerung der blauen Papiertonne
- Einrichtung weiterer Wertstoffhöfe und dezentraler Grünsammelstellen